

Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage



Stand: 30.09.2016

Stadt Biberach - Kämmereiamt

1. Ausgangssituation

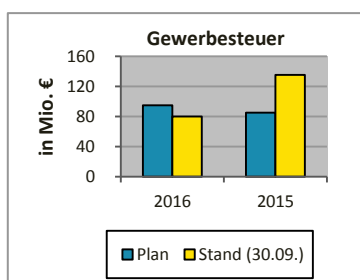
Die vom Gemeinderat am 17.12.2015 beschlossene Haushaltssatzung 2016 wurde am 20.01.2016 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 17.02.2016 öffentlich bekannt gemacht.

In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

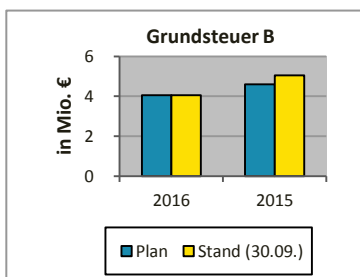
2. Wesentliche Planabweichungen

2.1 Verwaltungshaushalt

2.1.1 Erträge

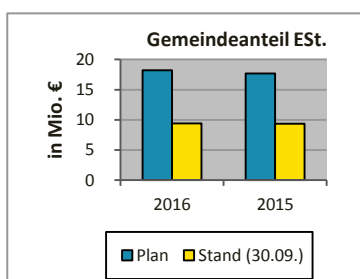


Die **Gewerbsteuererträge** der Stadt Biberach liegen derzeit um 14,92 Mio. € unter dem Planansatz (95,00 Mio. €). Das Finanz- und Wirtschaftsdezernat ist jedoch zuversichtlich, dass das geplante Aufkommen aufgrund von Anpassungen von Vorauszahlungen bis zum Jahresende noch erreicht werden kann. Nach Abzug der aktuell zu erwartenden Gewerbesteuerumlage von 16,74 Mio. € ergibt sich momentan ein Netto-Aufkommen von 63,34 Mio. € gegenüber 75,14 Mio. € in der Planung.

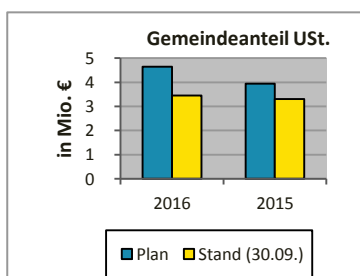


Die Jahresveranlagungen bei der **Grundsteuer A und B** verlaufen planmäßig. Für ausstehende Neubewertungen ist erst mit einer Veranlagung im Folgejahr zu rechnen.

Bei der **Vergnügungssteuer** rechnen wir aufgrund der anhaltend hohen Einspielergebnisse bei weitgehend konstant bleibender Anzahl von Spielgeräten mit Mehrerträgen von 310.000 €.

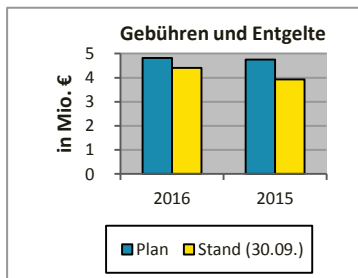


Nach der Mai-Steuerschätzung für das Jahr 2016 beläuft sich das Landesaufkommen des **Gemeindeanteils an der Einkommensteuer** voraussichtlich auf 5,70 Mrd. € und führt zu höheren Erträge von rd. 662.000 €. Bei der Haushaltsplanung waren 5,50 Mrd. € unterstellt. Die November-Steuerschätzung wird letztendlich zeigen, ob dieses Niveau gehalten werden kann.



Das Landesaufkommen des **Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer** erhöht sich nach den Prognosen der Mai-Steuerschätzung auf 675 Mio. €; damit sind höhere Erträge von rd. 105.000 € verbunden. Bei der Haushaltsplanung wurde noch von 660 Mio. € ausgegangen. Auch hier wird die November-Steuerschätzung verlässlichere Ergebnisse aufzeigen.

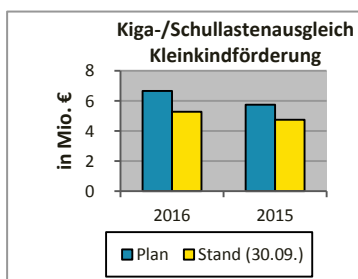
Aufgrund höherer Einwohnerzahlen und höherer Kopfbeträge vom Land ergeben sich für die Stadt bei den **Schlüsselzuweisungen** höhere Erträge von knapp 58.000 €. Mit der Mai-Steuerschätzung wurde zudem die Prognose für den Familienleistungsausgleich auf 463 Mio. € (Plan: 450 Mio. €) erhöht und führt damit zu höheren Erträgen von knapp 50.000 €. Die **sonstigen Zuwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)** verlaufen weitgehend planmäßig.



Bei den **Gebühren und Entgelten** gehen wir derzeit von höheren Erträgen von 700.000 € aus, nachdem einige größere Bauprojekte zu deutlich höheren Gebühren bei den Baugenehmigungen geführt haben. Geringere Erträge sind bei den Kindergartengebühren und den Ablösungen für Stellplätze zu erwarten.

Bei den **Erträgen aus Mieten und Pachten** sowie den **Ersätzen** rechnen wir insgesamt mit Mehrerträgen von rd. 120.000 €. Diese setzen sich aus zahlreichen kleineren Erträgen, verteilt über den gesamten Haushalt, zusammen.

Der aktuell noch geringe Bewirtschaftungsstand bei den **Inneren Verrechnungen** gleicht sich durch entsprechend niedrige Aufwendungen wieder aus. Die Verrechnungen können überwiegend erst zum Jahresende vorgenommen werden.



Bei den Erträgen aus dem **Kindergarten- und Schullastenausgleich** sowie bei der **Kleinkindförderung** ist mit höheren Erträgen von insgesamt rd. 330.000 € zu rechnen. Dies ist auf höhere Zuweisungsbeträge für Kleinkinder einerseits sowie die Erhöhung der Sachkostenbeiträge andererseits zurückzuführen.

Mit dem anhaltend niedrigen Zinsniveau lassen sich keine ordentlichen Renditen mehr erwirtschaften. Die Planung der **Zinsen aus Geldanlagen** war deshalb entsprechend vorsichtig. Zum Jahresende ist mit rd. 120.000 € höheren Zinserträgen zu rechnen. Demgegenüber stehen geringere **Zinsen aus gewährten Darlehen**, da die Darlehen vertraglich variabel entsprechend dem Marktniveau verzinst werden.

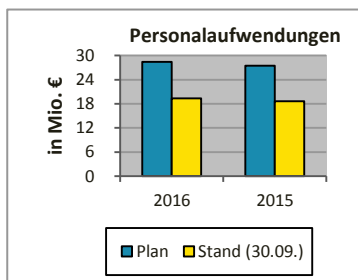
Im Bereich **Konzessionsabgaben** liegen die laufenden Abschlagszahlungen derzeit etwas über dem Planansatz. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst im Rahmen des Jahresabschlusses.

Das Ergebnis der Forstwirtschaft und damit auch der **Anteil der Stadt am Reinertrag** wird sich gegenüber der Planung verbessern. Der höhere Überschuss kann derzeit betragsmäßig noch nicht genau beziffert werden.

Bei den **weiteren Finanzerträgen** gehen wir derzeit von höheren Einnahmen von insgesamt rd. 750.000 € aus. Darunter fallen die Erträge aus der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer, die nicht geplant werden können. Aufgrund von Nachzahlungen aus Betriebsprüfungen des Finanzamtes kann die Stadt bis zum Jahresende weitere Nachzahlungszinsen erhalten.

Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst zum Jahresende verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibung und Verzinsung gegenüber.

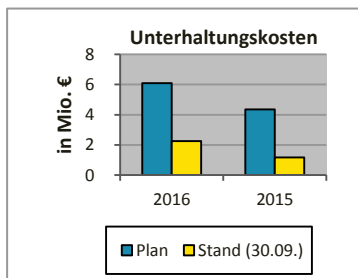
2.1.2 Aufwendungen



Aktuell geht das Hauptamt bei den **Personalaufwendungen** von einer Unterschreitung des Planansatzes von 0,90 Mio. € aus. Die tariflichen Erhöhungen sind insgesamt geringer ausgefallen als bei der Haushaltsplanung vom Hauptamt unterstellt wurde. Zudem erfolgten Neu- und Wiederbesetzungen teilweise später als ursprünglich vorgesehen.

Seit dem Jahr 2005 bildet die Stadt Biberach Rückstellungen für Altersteilzeit, die in den Planansätzen der Personalaufwendungen enthalten sind. Die Höhe der notwendigen Zuführungen oder Auflösungen der Rückstellungen werden am Jahresende vom Hauptamt ermittelt.

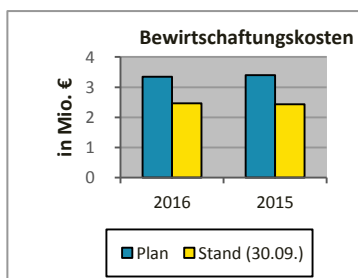
Daneben bildet die Stadt seit 2006 zweckgebundene Rücklagen für die Beihilfe- und Pensionslasten der Beamten. Die Höhe der notwendigen Zuführungen oder Auflösungen der Rücklagen, welche über den Vermögenshaushalt abzuwickeln sind, werden erst am Jahresende vom Kommunalen Versorgungsverband ermittelt.



Bei den Maßnahmen für die **Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude** ist nach Aussage des Gebäudemanagements unter Berücksichtigung der für die Beseitigung von Hochwasser- und Hagelschäden an städtischen Gebäuden bereitgestellten zusätzlichen Mittel von einem planmäßigen Verlauf auszugehen.

Die Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze verläuft nach Aussagen des Tiefbauamtes ebenfalls weitgehend im Rahmen der Planung. Zusätzliche Mittel wurden für die Verbreiterung der Radwege Valenceallee und Gaisentalstraße sowie für die Beseitigung von Hochwasserschäden bereitgestellt.

Der Bewirtschaftungsstand beträgt aktuell 36,94 % (Vorjahr: 26,92 %). Derzeit belaufen sich die überplanmäßig bereitgestellten Mittel für die Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude auf insgesamt rd. 1,24 Mio. €.



Die **Bewirtschaftungskosten** haben einen Stand von 73,60 % (Vorjahr: 71,63 %) des Planansatzes erreicht. Nach Auskunft des Gebäudemanagements könnten unter Annahme eines milden Winters bei den Heizkosten Einsparungen aufgrund des neuen Gasvertrages in Höhe von rd. 80.000 € erzielt werden.

Die **Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen** sind bisher mit 49,72 % (Vorjahr: 44,00 %) bewirtschaftet. Derzeit wird insgesamt von einem weitgehend planmäßigen Verlauf ausgegangen, obwohl für die Obdachlosenunterbringung und Gutachten im Bereich Stadtplanung zusätzliche Mittel erforderlich sind.

Die **Steuern und Geschäftsaufwendungen** sind bisher mit 82,74 % (Vorjahr: 79,94 %) bewirtschaftet und verlaufen planmäßig.

Bei den **Zuschüssen für laufende Zwecke** wurden für die Einführung des Stadtpasses (100.000 €) und die Hochwasserhilfe (250.000 €) insgesamt 350.000 € außerplanmäßig bereitgestellt. Nach dem derzeitigen Verlauf gehen wir davon aus, dass diese Mittel nicht ausgeschöpft werden. Inwieweit die Verträge mit den freien Trägern hinsichtlich der Krippen noch zu höheren Aufwendungen führen werden, ist derzeit vom Fachamt noch nicht bezifferbar.

Bedingt durch die aktuell noch unter Plan liegende Gewerbesteuer ergeben sich bei der **Gewerbesteuerumlage** derzeit geringere Aufwendungen von rd. 3,12 Mio. €. Die **Kreisumlage** verläuft planmäßig. Die **FAG-Umlage** an das Land reduziert sich um rd. 50.000 €, da sich der Umlagesatz leicht verringert hat.

Aus der Vollverzinsung der Gewerbesteuer sind aufgrund der hohen Rückerstattungsbeträge bereits höhere **Erstattungszinsen** von 2,56 Mio. € entstanden. Ebenso wie auf der Ertragsseite wird sich bei der Vollverzinsung der Gewerbesteuer bis zum Jahresende zeigen, ob und in welcher Höhe die Stadt weitere Erstattungszinsen zu leisten hat. Eine verlässliche Planung und Prognose ist hier nicht möglich.

Im Verwaltungshaushalt wurden bisher insgesamt 2.346.679 € (Vorjahr: 265.490 €) an **über- und außerplanmäßigen Aufwendungen**, insbesondere für die Beseitigung von Hochwasser- und Hagelschäden sowie Hochwasserschutzmaßnahmen bewilligt. Die haushaltmäßige Deckung der Mehraufwendungen wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

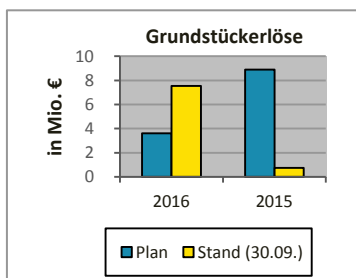
Das Kulturbudget besteht seit dem Jahr 2011 aus einem Abmangelbudget und beläuft sich im Jahr 2016 auf - 490.000 € und einem Stellenbudget von 83,61 Stellen. Insgesamt werden für den Kulturetat im Jahr 2016 rund 4,43 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Die Mittel auf der Ertragsseite sind momentan zu 88,96 % (Vorjahr: 88,85 %) und auf der Aufwandsseite zu 121,36 % (Vorjahr: 91,59 %) bewirtschaftet. Durch Mittelumrichtungen - insbesondere für die Bestuhlung der Stadthalle - wurden dem Kulturbudget zusätzlich 390.442 € bereitgestellt. Im Jahr 2015 konnte zudem ein Überschuss von 377.830 € erwirtschaftet und in das Jahr 2016 übertragen werden (Vorjahr: 607.763 €).

An dieser Stelle wird auf detaillierte Erläuterungen verzichtet, da die Leistungen der Kultur und der Ressourcenverbrauch regelmäßig im Rahmens eines Berichtswesens vom Kulturdezernat dargestellt werden.

2.2 Vermögenshaushalt

2.2.1 Einnahmen



Die Einnahmen aus **Grundstücks- und Gebäudeverkäufen** sind momentan zu 209,75 % (Vorjahr: 8,17 %) bewirtschaftet. Nach Aussage des Amtes für Liegenschaften und Wirtschaftsförderung werden die Einnahmen bis zum Jahresende um rd. 4,00 Mio. € über dem Plan liegen. Die höheren Einnahmen resultieren insbesondere aus dem Grundstückstausch mit dem Landkreis im Zusammenhang mit der Klinik, welcher im Jahr 2015 geplant jedoch erst im Jahr 2016 abgewickelt werden konnte.

Bedingt durch die höheren Grundstückserlöse sind die Erschließungsbeiträge bereits mit 96 % (Vorjahr: 40 %) bewirtschaftet. Bei den **Beiträgen** werden insgesamt Mehreinnahmen in Höhe von rd. 300.000 € erwartet.

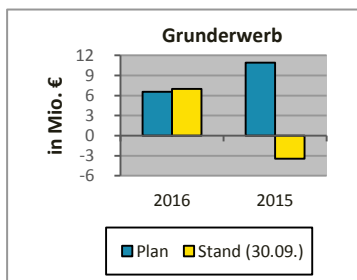
Bei den **Landeszuschüssen** zeichnen sich insgesamt höhere Einnahmen von rd. 427.000 € ab. Der Zuschuss für den Roten Bau aus dem Städtebauförderprogramm wurde - entgegen der Planung - bereits im Jahr 2016 in voller Höhe ausbezahlt. Dagegen wurde der geplante Zuschuss in Höhe von 75.000 € für die Sanierung der Sporthalle der Mali-Gemeinschaftsschule abgelehnt.

Die Zuschüsse des Landes für die Stadtsanierung werden nach Angaben des Bauverwaltungsamtes planmäßig eingehen.

2.2.2 Ausgaben

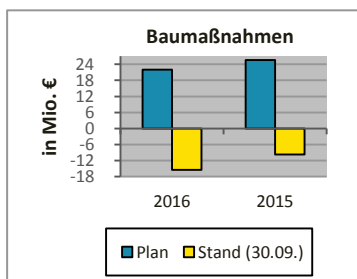
Der Finanzierungsbedarf des Eigenbetriebs Stadtentwässerung wird bis auf Weiteres über Trägerdarlehen der Stadt finanziert (Dr. Nr. 206/2007). Die im Jahr 2016 vorsorglich geplante **Darlehensgewährung** in Höhe von 2,00 Mio. € wurde bisher noch nicht abgerufen, und wird bis Jahresende auch nicht mehr benötigt.

Bei den **Beteiligungen**, insbesondere der Rücklagenzuführung an die Stadtwerke GmbH gehen wir derzeit von einem planmäßigen Verlauf aus.



Für den Grunderwerb im Baugebiet Talfeld und in der Vollmerstraße (Deutsche Bahn) sowie für Grunderwerb im Ummendorfer Ried und für die Verbindung Mettenberger Straße / Ulmer Straße wurden 2,00 Mio. € überplanmäßig bereitgestellt (Dr. Nr. 165/2016). Der bisherige Planansatz für den Erwerb von unbebauten Grundstücken ist bereits ausgeschöpft.

Die Investitionen für den **Erwerb von beweglichen Sachen** verlaufen nach Informationen der Fachämter derzeit planmäßig. Lediglich die Saalbestuhlung der Stadthalle wurde in den Verwaltungshaushalt verschoben (Dr. Nr. 71/2016).



Bei den **Baumaßnahmen** sind derzeit die aus dem Vorjahr übertragenen Haushaltsmittel noch nicht verbraucht (Bewirtschaftungsstand: -70,47 %; Vorjahr: -37,76 %). Die Mehrkosten bei Hochbaumaßnahmen in Höhe von insgesamt 1,26 Mio. € für die Investitionsvorhaben Roter Bau, Feuerwehr, Erweiterung Kindergarten St. Remigius Stafflangen und Sr. Ulrika Nisch sowie die Machbarkeitsstudie Gastronomieflächen Stadthalle können durch Einsparungen bei anderen Hochbaumaßnahmen und der Verschiebung von Maßnahmen ins Folgejahr gedeckt werden.

Bei den Tiefbaumaßnahmen sind bisher insgesamt 297.500 € an über- und außerplanmäßigen Ausgaben entstanden, u. a. für die Radwegplanung Bismarckring und die Querungshilfe in der Telawiallee. Diese Mehrausgaben können durch Einsparungen bei anderen Tiefbaumaßnahmen gedeckt werden.

Die sonstigen **Zuschüssen an Dritte** liegen weitgehend im Rahmen der Planung. Die Abrechnung des Sportzentrums Stafflangen ist mit rd. 61.000 € günstiger ausgefallen als erwartet. Die Abrechnung des Sportheims in Mettenberg steht noch aus.

Aktuell sind im Vermögenshaushalt 3.716.477 € (Vorjahr: 1.700.829 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Davon entfallen 2,00 Mio. € auf den Erwerb von Grundstücken (Dr. Nr. 165/2016), 1,26 Mio. € auf Mehrkosten bei Hochbaumaßnahmen und 297.500 € auf zusätzliche Vorhaben im Tiefbau. Die haushaltsmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

3. Kassenliquidität

Die Liquidität der Stadtkasse ist nach wie vor gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel sind aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus überwiegend kurzfristig angelegt. Darüber hinaus wurde im Sommer 2016 eine langfristige Geldanlage in Höhe von 30,0 Mio. € getätigt.

4. Zusammenfassung, Ergebnis

Die Entwicklung der Erträge im Verwaltungshaushalt ist - abgesehen von der Gewerbesteuer - etwas besser als noch in der Planung unterstellt. Entscheidend für das operative Ergebnis 2016 wird aber sein, ob das erwartete Gewerbesteueraufkommen realisiert werden kann. Hier wird sich im 4. Quartal zeigen, ob noch Anpassungen bei Vorauszahlungen möglich sind.

Die höheren Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie den sonstigen Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs und die positive Entwicklung der weiteren Erträge könnten einen möglichen Ausfall beim Gewerbesteueraufkommen nicht kompensieren.

Auf der Aufwandsseite können derzeit nach Angaben der Fachämter keine wesentlichen Einsparungen erzielt werden. Den geringeren Personalaufwendungen stehen deutlich höhere Erstattungsansprüche bei der Gewerbesteuer und überplanmäßige Aufwendungen insbesondere für die Beseitigung von Hochwasserschäden gegenüber.

Unter Berücksichtigung eines planmäßigen Gewerbesteueraufkommens rechnen wir derzeit damit, dass das **Ergebnis des Verwaltungshaushalts**, die Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 16,64 Mio. € um 1 - 2 Mio. € auf 17 - 19 Mio. € verbessert werden kann.

Die Einnahmesituation im Vermögenshaushalt wird sich dagegen aufgrund höherer Grundstückserlöse und Beiträge verbessern. Demgegenüber stehen auf der Ausgabenseite des Vermögenshaushalts höhere Ausgaben für den Grunderwerb sowie für Hochbau- und Tiefbaumaßnahmen. Die entsprechenden Mehrkosten wurden dem Gremium zur Beschlussfassung bereits vorgelegt.

Das **Ergebnis des Vermögenshaushalts** wird sich - soweit das geplante Gewerbesteueraufkommen erreicht werden kann - ebenfalls leicht verbessern. Statt der geplanten Rücklagenentnahme in Höhe von 19,29 Mio. € wird eine Verbesserung von 4 - 6 Mio. € für möglich erachtet, mit der Folge, dass sich die Entnahme aus der Rücklage auf 13 - 15 Mio. € reduzieren könnte.

Für das Jahr 2016 erwarten wir insgesamt eine stabile und weitgehend planmäßige Entwicklung der Finanzen der Stadt auf sehr hohem Niveau.

5. Ausblick und mittelfristige Perspektive

Entgegen den sonst üblichen Gepflogenheiten haben wir zum Ende des 3. Quartals das geplante Gewerbesteueraufkommen in nennenswerter Höhe nicht erreicht. Das Finanz- und Wirtschaftsdezernat ist optimistisch, dass das Delta über Anpassungen von Vorauszahlungen im 4. Quartal noch erreichbar ist.

Die im Haushalt 2016 gesetzten Prioritäten im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum basieren auf den Festlegungen der Klausurtagung (Drucksache Nr. 60/2015) und werden jährlich entsprechend fortgeschrieben (Drucksache Nr. 2016/046). Das Investitionsniveau und auch das Investitionstempo ist unverändert hoch. Eine Entschleunigung auf der Zeitachse wäre auch vor dem Hintergrund der sehr hohen Baukosten am Markt empfehlenswert.

Hinzu kommen labile finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene, die auch mittelfristig die Hoffnung für einen weiteren Aufschwung nicht aufkommen lassen. Damit wir uns jedoch all die Dinge leisten können, die wir uns vorgenommen haben, brauchen wir wachsende jährliche Einnahmen.

Die Risikolast für unseren Haushalt nimmt daher zu. Vor diesem Hintergrund ist eine ordentliche Risikovorsorge wichtiger denn je.

Leonhardt